

23.04.2013/js

Magazin KOPO der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU

Beitrag von Thomas Bareiß MdB, Koordinator in Energiefragen der CDU/CSU-Bundesfraktion

Die letzten vier Jahre waren geprägt von weitreichenden energiepolitischen Entscheidungen. So wurde ein umfassender Wandel des Energiesystems, die Energiewende, mit Leben gefüllt. Damit soll langfristig eine größere Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, die knapper und teurer werden, erreicht und neue Innovationen angeschoben werden.

Die Energiewende und der damit verbundene Ausbau der erneuerbaren Energien ist geprägt von zunehmender Dezentralität. Deshalb wird die Energiewende ohne Kommunen und Stadtwerke nicht gelingen. Sie bauen vor Ort die notwendigen erneuerbaren Erzeugungskapazitäten und schaffen mit ihrer Nähe zum Bürger die notwendige Akzeptanz für die Energiewende. Zunehmende Marktanteile der kommunalen Unternehmen sind ein erfreulicher Beweis dieser Entwicklung. Auch wenn sich mit der Energiewende die Kräfte auf dem Energiemarkt verschieben, braucht es auch weiterhin die großen, teils kommunal geprägten Unternehmen wie EnBW und RWE, um den enormen Investitionsbedarf in die Projekte der Energiewende zu stemmen.

Entscheidend für die Marktteilnehmer und Verbraucher sind die richtigen Rahmenbedingungen. Erste wichtige Schritte sind in dieser Legislaturperiode erfolgreich angepackt worden. Weitere müssen folgen, denn das Jahrhundertprojekt Energiewende kann nicht von heute auf morgen gelingen, sondern muss Stück für Stück vorangetrieben werden.

Ein wichtiges Ziel ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung weiter sinnvoll zu erhöhen. Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien auf 35 Prozent steigen. In den vergangenen vier Jahren haben wir es geschafft, den Anteil Erneuerbarer Energien von 15 Prozent auf rund 25 Prozent auszubauen. Damit haben wir die erneuerbaren Energien so schnell ausgebaut wie keine Regierung zuvor. Auch wenn diese Entwicklung auf den ersten Blick erfreulich wirkt, ist sie dennoch mit Herausforderungen verbunden. Ein zu schneller Ausbau wird zunehmend zur Gefahr für die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit unserer Energieversorgung. Deshalb gilt es in Zukunft den Ausbau der erneuerbaren Energien sinnvoll zu begrenzen.

Denn mit dem enormen Zubau sind auch die Strompreise deutlich gestiegen und das trotz teils massiver Einschnitte bei der Förderung. So zahlt der Verbraucher heute rund 70 Prozent weniger für die Solarenergie als noch im Jahr 2009, ohne dass der

Ausbau der Solarenergie gebremst wurde. Und trotzdem hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Politik oft zu langsam auf Überförderungen bei den erneuerbaren Energien reagieren konnte. In Zukunft braucht es deshalb dringend einen Systemwechsel, ein EEG 2.0, mit dem mehr Markt und Wettbewerb erreicht wird. Nur so kann der Zubau auf ein sinnvolles Maß reduziert und verbrauchsgerecht gesteuert werden sowie die erneuerbaren Energien bezahlbar gemacht werden.

Die aus Sonne und Wind gewonnene Energie ist nicht jederzeit verfügbar. Um auch in sonnen- und windarmen Stunden die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten, braucht es auch künftig einen Energiemix mit effizienten Kohle- und Gaskraftwerken, die in diesen Zeiten zur Verfügung stehen und Defizite ausgleichen. Hierfür bedarf es ein neues Strommarktdesign, das für die Investoren stabile und verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Derzeit gibt es einen umfassenden Wettbewerb unterschiedlicher möglicher Marktdesigns. Aufgabe der Politik muss es sein, diese zu prüfen und ein Marktdesign zu entwickeln, das die Bereiche Erzeugung, Infrastruktur, Speicher und Nachfrage miteinander verzahnt. Konventionelle und erneuerbare Erzeugung muss dabei stärker als bisher miteinander verbunden werden.

Neben einer Reform des EEGs gilt es in Zukunft auch den Ausbau der Stromnetze weiter voranzutreiben. Denn durch die starke Dezentralität der erneuerbaren Energien sind Verteil- und Übertragungsnetze zunehmend gefordert. Insbesondere in ländlichen Gebieten mit starker erneuerbarer Energien-Erzeugung muss es deshalb zu einer umfassenden Aufrüstung der Netze kommen. Netzengpässe müssen beseitigt und Netze intelligenter gemacht werden. Die Bundesregierung bereitet dazu derzeit eine Anpassung des regulatorischen Rahmens vor. Auch bei den Übertragungsnetzen sind umfassende Maßnahmen für einen beschleunigten Ausbau auf den Weg gebracht worden. So wird beispielsweise mit dem Bundesbedarfsplan ein beschleunigter Ausbau von 2.800 km neuer Leitungen und 2.900 km bestehender Leitungen angepackt. Auch Speichertechnologien müssen zur besseren Integration der erneuerbaren Energien entwickelt und ausgebaut werden. Deshalb fördern wir heute schon sowohl betriebsbereite Energiespeichertechnologien als auch die Erforschung neuer Speicher mit rund 200 Mio. Euro.

Ein weiterer elementarer Bestandteil der Energiewende ist die Energieeffizienz. Gerade im Gebäudebereich liegt ein enormes Potential, denn rund 40 Prozent der Energie wird hier verbraucht. Deshalb haben wir umfassende Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz im Gebäudebereich geschaffen. Allein für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm stellen wir jährlich rund 1,8 Mrd. Euro zur Verfügung und lösen damit Investitionen in Höhe von 21 Mrd. Euro aus. Darüber hinaus haben wir die Mietrechtsnovelle verabschiedet. Davon profitieren sowohl Eigentümer, denen das energieeffiziente Sanieren erleichtert wird, als auch die Mieter über sinkende Nebenkosten. Auch die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung schafft Anreize

für private Investitionen und stärkt Handwerk und mittelständische Betriebe vor Ort. Ziel muss es sein, weiter für dieses Gesetz zu kämpfen, das bislang am Widerstand der rot-grün-regierten Bundesländer gescheitert ist.

Die Energiewende wird nicht von heute auf morgen erfolgen. Sie wird nur Schritt für Schritt gelingen. Dabei kann eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung nur mit Wettbewerb, Innovation und Technologieoffenheit gelingen.